

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Deutscher Bundestag / Tobias Koch

Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt

Bundesregierung nimmt Arbeit auf

Am 08. Dezember war es so weit: Im Deutschen Bundestag haben wir Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt! Zum ersten Mal seit 2002 stammt damit die neue Bundeskanzlerin oder der neue Bundeskanzler aus den Reihen unserer Partei. Für mich kann ich sagen: Es macht richtig Spaß, den Regierungschef nicht nur aus Vernunft, sondern voller Begeisterung zu wählen.

Die Kanzlerwahl ist etwas Besonderes: Wo im Bundestag sonst per Handzeichen, per Stimmkarte oder per Hammelsprung abgestimmt wird, gibt es bei der Kanzlerwahl Wahlkabinen mit Stimmzetteln, um die geheime Wahl zu gewährleisten. Von 736 Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages haben 395 für

Olaf Scholz gestimmt. Die neue Regierungskoalition hat damit ihre erste „Bewährungsprobe“ gut gemeistert. Nach seiner Wahl wurde Olaf Scholz offiziell von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum Bundeskanzler ernannt, ehe er seinen Amtseid vor dem Bundestag leistete.

Die Bundesministerinnen und -minister werden nicht vom Bundestag gewählt, sondern auf Vorschlag des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt. Wer diese Ämter von Seiten der SPD künftig ausübt, erfahrt ihr auf S. 3. Nach Abschluss der Sitzung des Bundestages erfolgte dann die Amtsübergabe von Angela Merkel an Olaf Scholz im Bundeskanzleramt. Die Arbeit der neuen Bundesregierung kann nun beginnen.

Moin!

Das Foto sagt alles: Wir haben Olaf Scholz zum Bundeskanzler gewählt und läuten damit ein neues sozialdemokratisches Kapitel ein. Ich freue mich sehr, dass uns das gelungen ist und wir nun das Ruder in der Hand haben, um unser Land zu modernisieren. Meine Eindrücke von der Kanzlerwahl findet ihr links, eine kurze Vorstellung unserer sozialdemokratischen Regierungsmanschaft auf Seite 3.

Leider geschieht das alles in einer Zeit, die auch von der grassierenden Corona-Pandemie geprägt ist. Die extrem hohen Infektions- und Todeszahlen zwingen uns zu dringendem Handeln. Was wir machen und warum nun auch eine Impfpflicht kommt, erfahrt ihr auf Seite 3.

In Zeiten, in denen so viel politisch passiert, gerät es fast ein wenig in den Hintergrund – aber natürlich stehen auch Weihnachten und der Jahreswechsel vor der Tür. Wie schon im vergangenen Jahr werden wir auch diesmal die Kontakte möglichst gering halten müssen, um Menschenleben zu schützen. Dennoch: Ich wünsche euch ein frohes Fest und einen guten Rutsch – und bleibt gesund!

Ever 101's

Unsere Schwerpunkte für die Ampel

Koalitionsvertrag setzt Impulse für Fortschritt

Jetzt ist er da: der Koalitionsvertrag. Mittlerweile ist die Vereinbarung von den Gremien von SPD, Grünen und FDP beschlossen und bildet die Basis unserer Regierungsarbeit für die nächsten vier Jahre. Auch ich habe in den Verhandlungen mitarbeiten dürfen. Doch was sind einige der wichtigsten Punkte, die wir beschlossen haben?

12 Euro Mindestlohn: Einen Mindestlohn, von dem man nicht nur im Jetzt leben, sondern auch im Alter ohne Sorgen auskommen kann: Das haben wir im Bundestagswahlkampf immer wieder gefordert. Jetzt wird

die Erhöhung kommen, die die CDU immer abgelehnt hat.

Digitalisierung der Schulen: Der Bund stellt über den DigitalPakt bereits Mittel dafür bereit. Wir wollen jetzt, dass diese schneller abfließen können. Zudem bringen wir einen neuen DigitalPakt auf den Weg.

Keine Renten Kürzungen: Wir wollen die „doppelte Haltelinie“ dauerhaft fortschreiben. Das heißt: Die Rente sinkt nicht unter 48 Prozent, der Beitragssatz steigt nicht über 20 Prozent. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wird es nicht geben.

Starker Schutz für MieterInnen:

Wir verlängern die Mietpreisbremse und sorgen dafür, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Miete künftig nur noch um 11 Prozent innerhalb von drei Jahren steigen darf. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass 400.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden.

Kindergrundsicherung: In Deutschland sind immer noch zu viele Kinder von Armut gefährdet. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir die Unterstützung für Kinder bündeln. Sie wird automatisch berechnet und kommt direkt bei den Kindern an.



Deutscher Bundestag / Felix Zahn / photothek

HINTER DEN KULISSEN

Was macht der Hauptausschuss?

Gremium für den Übergang zum neuen Bundestag

Wie nach jeder Bundestagswahl wurde auch in diesem Jahr ein Hauptausschuss des Bundestages einberufen. Die Funktion des Hauptausschusses ist es, die ständigen Ausschüsse zu vertreten. Eigentlich gibt es zu jedem Fachbereich einen jeweiligen Ausschuss, in dem die Abgeordneten über Inhalte beraten und Vorlagen erarbeiten, über die abgestimmt werden kann. Mit dem Ende einer Legislaturperiode werden diese Ausschüsse ausgesetzt, bis sie im neuen Parlament wieder in neuer Zusammensetzung zusammenkommen.

Das dauert jedoch, bis die Parteien der neuen Regierungskoalition ausgehandelt haben, welche Fachbereiche in welchen Ministerien zusammenkommen. Denn die Ausschüsse orientieren sich an dieser Aufteilung, um dann jeweils ein Ministerium besser kontrollieren und in diesem Feld Politik gestalten zu können. Damit die Ausschussarbeit in der Zeit der Koalitionsverhandlungen nicht gänzlich wegfällt, wird in der Zwischenzeit ein repräsentativer Hauptausschuss gebildet, um die drängendsten Themen behandeln zu können.

In diesem Jahr kamen dazu 31 Abgeordnete mit noch einmal 31 StellvertreterInnen in den Hauptausschuss, auch ich war dabei. Dabei kann der Hauptausschuss ExpertInnen anhören und Positionen debattieren. Der Ausschuss kann jedoch nicht eigene Vorlagen erarbeiten, sondern muss über die Vorlagen beraten, die ihm vom Plenum überwiesen werden.

Zweimal hat der Hauptausschuss bislang beraten. Jetzt wird er mit der Konstituierung der ständigen Ausschüsse wieder abgelöst.



Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek

Das sind die SPD-MinisterInnen

Vier Frauen und drei Männer in starkem Team

Nun sind die Ressorts verteilt: Die SPD entsendet vier Frauen und drei Männer an die Spitze der Bundesministerien.

Aus der alten Bundesregierung sind dabei drei Ministerinnen oder Minister wieder Teil des neuen Kabinetts. **Hubertus Heil** bleibt in seiner Rolle als Bundesminister für Arbeit und Soziales. Der Niedersachse ist stellvertretender Vorsitzender der SPD und hat in der vergangenen Bundesregierung unter anderem die Grundrente durchgesetzt. **Christine Lambrecht** wechselt aus dem Justizministerium ins Verteidigungsministerium. Sie

stammt aus Hessen und war schon als erste Parlamentarische Geschäftsführerin und Parlamentarische Staatssekretärin aktiv. Außerdem ist die bisherige Bundesumweltministerin **Svenja Schulze** neue Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie kommt aus Nordrhein-Westfalen und war dort bereits Wissenschaftsministerin.

Neu von der SPD nominiert wurde **Nancy Faeser** als Innenministerin. Sie war zuvor Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD Hessen und legt ihren Fokus auf die Bekämpfung von Rechtsextremismus. **Karl Lauter-**

bach aus Nordrhein-Westfalen, ehemaliger gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Experte bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie, ist Gesundheitsminister und **Klara Geywitz**, die bisher in der brandenburgischen Landespolitik und als stellvertretende SPD-Vorsitzende aktiv war, ist Ministerin für Bauen und Wohnen. Außerdem ist **Wolfgang Schmidt**, bislang beamteter Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Kanzleramtsminister.

Ich finde, das ist ein starkes Team und freue mich darauf, gemeinsam Politik zu gestalten!



Bekämpfung der Corona-Pandemie

Impfpflicht für Personal im medizinischen Bereich

Nicht nur die Wahl des Bundeskanzlers und die Ernennung der neuen Bundesregierung hat die jüngste Zeit geprägt - auch die Bekämpfung der Corona-Pandemie nimmt viel Raum ein.

Wir haben nun eine einrichtungsbezogene Impfpflicht auf den Weg gebracht. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein besonders hohes Infektionsrisiko und ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen

Krankheitsverlauf haben, besser geschützt werden. Leider ist es so, dass Schätzungen zufolge immer noch zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielsweise in Krankenhäusern, Tageskliniken, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Entbindungseinrichtungen und voll- oder teilstationären Pflegeeinrichtungen ungeimpft sind. Deshalb verpflichten wir diese Menschen nun zum Nachweis einer COVID-19-Impfung, sofern keine medizinische Kontraindikation gegen die Impfung vorliegt. Der Nachweis muss gegenüber der

Einrichtung oder gegenüber dem Gesundheitsamt erbracht werden. Geschieht das nicht, kann das Gesundheitsamt ein Tätigkeitsverbot aussprechen. Der Verstoß gegen die Nachweispflicht kann darüber hinaus mit einer Geldbuße bis 2.500 Euro geahndet werden.

Eine allgemeine Impfpflicht sehen wir mit dieser Gesetzesinitiative nicht vor. Auch über eine solche Impfpflicht sollte der Deutsche Bundestag aber zeitnah entscheiden. Für mich kann ich sagen: Ich bin dafür.



Tim Reckmann / pixelio.de



Die vierte Welle der Corona-Pandemie trifft auch Oldenburg und das Ammerland. Noch sind wir glücklicherweise nicht so stark betroffen wie andere Regionen. Dennoch ist es wichtig, dass wir auch hier Vorsicht walten lassen.

Deshalb finden meine **Bürger-sprechstunden** derzeit nur telefonisch oder digital statt. In der SPD-Geschäftsstelle in der Oldenburger Huntestraße gilt die 2Gplus-Regel: Zutritt hat nur, wer geimpft oder genesen ist und zudem einen aktuellen negativen Test nachweisen kann. Wendet euch gerne an mein Team, wenn ihr ein Gespräch mit mir vereinbaren wollt oder ein Anliegen habt.

Auch die Coronaregeln in Niedersachsen werden ständig an die neue Lage angepasst. Über **www.niedersachsen.de/coronavirus** bleibt ihr auf dem Laufenden.

Koalitionsvertrag: Das ist drin für die Region

Energiewende, Wohnen und Bahn

Oldenburg hat einen **angespannten Wohnungsmarkt**. Im Koalitionsvertrag werden 400.000 neue Wohnungen pro Jahr veranschlagt. Dies ist ein sozialdemokratischer Verhandlungserfolg, der zu einer spürbaren Verbesserung der Situation im gesamten Wahlkreis führen wird. Oldenburg als Studentenstadt wird vom Programm „Zur Stärkung von studentischem Wohnen“ profitieren.

Die **Reaktivierung von Bahnstrecken** kann dafür sorgen, dass das Ammerland besser durch die Schiene angebunden wird. Die Oldenburger Stadtteilbahnhöfe eignen sich sehr

gut für eine Reaktivierung. Durch den neuen Deutschlandtakt sollte der Oldenburger Hauptbahnhof noch besser an den Fernverkehr angebunden werden. Hierfür setze ich mich bereits seit Jahren ein.

Die neue Bundesregierung plant außerdem große **Investitionen in die erneuerbaren Energien**. Die Stadt Oldenburg kann hier ihr Potential als Forschungsstandort für Windenergie und grünen Wasserstoff ausschöpfen. Aber auch das Ammerland kann als natürlicher Standort für Windenergie kann profitieren. Ich freue mich darauf, das alles umzusetzen!

Eure AnsprechpartnerInnen in Berlin und Oldenburg

Wer ist wofür zuständig?

Mit der neuen Legislaturperiode hat es auch Veränderungen in meinem Team gegeben. Hier erfahrt ihr, wer euch bei welchen Themen als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Mein Büro in Berlin wird von **Daniel Walter** geleitet. Der 30-Jährige Europarechtler begleitet mein parlamentarisches Kerngeschäft im Haushaltsausschuss und bereitet die Sitzungswochen vor. Ihm zur Seite stehen als studentische Mitarbeiterin **Aischa Jansen**, die vor allem für

meine Arbeit in den sozialen Medien verantwortlich ist, sowie **Jakob Roth**, der ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik/Demokratie absolviert und unter anderem meine Berliner Termine betreut.

Büroleiter in Oldenburg und zuständig unter anderem für Bürgeranfragen ist **Malte Ringer**. **Milena Schnell** begleitet mich bei Terminen und ist zuständig für Berlinfahrten. **Tom Schröder** verwaltet die administrativen Abläufe.

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: wahlkreis@dennis-rohde.de

@ www.dennisrohde.de
f facebook.com/dennis.rohde
t twitter.com/dennisrohde